

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 13. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 26.01.2006**

***öffentlich***

---

**Ort:** Ratshof, Raum 105/107  
Marktplatz 1  
06100 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 19:35 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Wolfgang Kupke	CDU	ab 17:15 Uhr
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 18:00 Uhr
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Lutz Sacher	SKE	
Herr Thomas Wünsch	SKE	bis 19:15 Uhr
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Frau Sabine Däschler	SKE	bis 19:25 Uhr
Herr Andreas Nowotny	SKE	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	vertreten durch Herrn Bartl bis 19:10 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	vertreten durch Herrn Godenrath
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	

**Gäste:**

Herr Wätzel	Controller GB III
Frau Hoßbach	Teamkoordinatorin FB 32

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie  
Beteiligungsbericht über das Jahr 2004  
Vorlage: IV/2005/05503
5. Informationen
- 5.1. "Hallescher Heizspiegel" - Klimaschutzkampagne "Klima sucht Schutz"  
Vorlage: IV/2005/05435
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

### **Protokoll:**

**Herr Schiller**, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete die Sitzung wünschte allen Anwesenden ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

### **Protokoll:**

Nachfolgender Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen am 27.10.05 und am 17.11.05
4. Vorlagen
  - 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 sowie Haushaltskonsolidierung (FB 31, 32, 33 und 37)  
Vorlage: IV/2005/05503
5. Informationen
  - 5.1 Informationsvorlage „Hallescher Heizspiegel“ – Klimaschutzkampagne „Klima sucht Schutz“  
Vorlage: IV/2005/05435
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

### zu 3      **Genehmigung der Niederschrift**

---

#### Protokoll:

Beide Niederschriften wurden mit einer Stimmenthaltung genehmigt.

### zu 4      **Vorlagen**

---

#### **zu 4.1      Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2004 Vorlage: IV/2005/05503**

---

#### Protokoll:

**Herr Doege** nahm in seinen einleitenden Ausführungen Bezug auf die Darlegungen der Oberbürgermeisterin zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs in der Sitzung des Stadtrates Dezember 2005. Mit den Fraktionsvorsitzenden wurde sich darüber verständigt, dass die Haushaltsberatungen sehr zügig geführt werden, weil die Konzentration im Wesentlichen auf die haushaltsausgleichenden Maßnahmen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung III gerichtet ist. Bis auf den Kulturausschuss war in den bereits stattgefundenen Beratungen der Fachausschüsse eine zweite Lesung nicht mehr erforderlich. Herr Doege bat um eine zügige Beratung. Für die Fachbereiche 31, 32, 33 und 37 beträgt das aktuelle Budget in 2006 knapp 63 Mio €. Für die Sachausgaben der Fachbereiche stehen jedoch nur 1,9 Mio € zur Verfügung; denn 23,9 Mio € betragen die Personalkosten, 1,7 € sind Kosten für ZGM, und für die Gebührenhaushalte beträgt die Summe 35,4 €.

Des Weiteren bezog sich **Herr Doege** auf die den Mitgliedern übergebenen Änderungsblätter. Diese beziehen sich zum einen auf die Änderung von zwei Haushaltsansätzen im Bereich des Umweltschutzes. Hierbei handelt es sich um Umbuchungen aus dem Jahr 2005. Ferner müssen die Haushaltsansätze im Verwaltungshaushalt des Ressorts Statistik und Wahlen verändert werden, da gemäß neuer gesetzlicher Bestimmungen die Fristenstellung für die Oberbürgermeisterwahl sich verändert hat, und zwar hat die Wahl frühestens sechs Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit zu erfolgen. Somit muss die OB-Wahl gegebenenfalls noch in 2006 durchgeführt werden. Beim Termin ist eine mögliche Stichwahl mit einzuplanen. Die gesamten Kosten hat die Kommune zu tragen. Eine Abstimmung über die weitere Vorgehensweise erfolgt mit der Oberbürgermeisterin am kommenden Montag (30.01.).

Die von der Fraktion Die Linkspartei.PDS gestellten Fragen wurden beantwortet. Die Beantwortung liegt den Ausschussmitgliedern vor, so **Herr Doege**.

Zur Verfahrensweise der Diskussion schlug **Herr Schiller** vor, fachbereichsweise jeden Unterabschnitt aufzurufen und den VWH, VMH und das Investitionsprogramm 2005 – 2009 zu behandeln.

## Fachbereich 31

### UA 1200

**Herr Zeidler** wollte wissen, woraus die Steigerung bei den weiteren besonderen Sachausgaben resultiere.

**Herr Doege** bezog sich auf die neue EU-Gesetzgebung. Im Rahmen der Lärminderungsplanung sind entsprechende gutachterliche Aufgaben durchzuführen, die bis 2007 fortgeführt werden. Geregelt ist noch nicht, in wie weit sich Bund und Land an den Kosten beteiligen.

**Herr Godenrath** wollte die Anzahl der Mitarbeiter wissen (Anmerkung: Da diese Anfrage zu jedem Unterabschnitt kam, wird nachfolgend bei den einzelnen Unterabschnitten die Beschäftigtenzahl angegeben.) Ferner fragte er nach den Auswirkungen des Funktionalreformgesetzes und bat um Auskunft über den Verwendungszweck „Zuschüsse an übrige Bereiche“.

Es sind im Bereich des Umweltschutzes 39 Mitarbeiter tätig, so **Frau Balleyer**. Im Rahmen des Funktionsreformgesetzes erhielt der Fachbereich 2 Mitarbeiter.

**Herr Doege** ergänzte, dass für diese Mitarbeiter die Stadt entsprechende Zuwendungen vom Land für Personal- und Sachkosten erhält. Diese Mittel gehen aber in den allgemeinen Haushalt. Die Zuschüsse an übrige Bereiche beziehen sich laut **Frau Balleyer** auf Mietzuschüsse für die Umweltbibliothek und für den Naturschutzbund sowie auf den Sachkostenzuschuss für die ökologische Arbeitsgruppe.

### UA 7000

Hierzu gab es keine Anfragen.

### UA 7200 – 9 Mitarbeiter (Personalkosten werden über Gebühren finanziert)

**Herr Wünsch** wollte wissen, was sich hinter dem Haushaltsansatz „Erstattungen an kommunale Sonderrechnungen“ verberge.

**Herr Doege** teilte mit, dass die Summe in Höhe von 10,3 Mio € eingestellt werden musste für die Abfallentsorgung und den Transport durch die Stadtwirtschaft. Ferner sind Mittel an RAB für die Müllbeseitigung zu zahlen.

**Herr Godenrath** bezog sich auf den Vorbericht und bat um Auskunft, warum die Ausgaben im Jahr 2006 steigen.

**Frau Balleyer** erläuterte, dass in der Vorlage zur Abfallgebührensatzung, die im Dezember im Stadtrat beschlossen wurde, die Begründung erfolgte. Gemäß Gesetzgebung vom 01.06.05 haben sich die Deponiegebühren bei der Abfallbehandlung verändert, und zwar je Tonne 134 € brutto. Vorher waren es 55 € brutto, sodass es sich im Zeitraum 01.01.05 bis 31.12.06 um eine Mischkalkulation handelt.

**Frau Krischok** wollte wissen, ob aufgrund des Rechenergebnisses 2005 bei der Position „Wilder Müll“ der Betrag von 117.000 € um 20.000 € reduziert werden könnte.

**Herr Doege** verwies auf die im Jubiläumsjahr stattfindenden zahlreichen Veranstaltungen auf Plätzen, Anlagen und Auen, die eine Reduzierung nicht rechtfertigen.

Auf die Frage von **Herrn Zeidler**, warum in 2005 Überschuss und in 2006 Zuschuss ausgewiesen werden, bezog sich **Frau Balleyer** in ihrer Antwort auf den Gebührenhaushalt, der immer ausgeglichen wird.

#### **UA 8800**

Bei der Haushaltsstelle 6201000 handelt es sich um den Weiterbetrieb der Sickerwasseraufbereitungsanlage Küttener Weg, so **Herr Doege**.

#### **UA 1200 – VMH**

**Herr Doege** erwähnte, dass es sich um die Fortsetzung einer Maßnahme hinsichtlich der Beschaffung von Hochwasserlaufstegen handelt, die im Rahmen des Katastrophenschutzes notwendig sind.

**Frau Balleyer** bezog sich auf die ausgehändigten Unterlagen zur Änderung der Haushaltsansätze und machte darauf aufmerksam, dass der Haushaltsansatz in 2006 entsprechend geändert werden muss.

#### **Mittelfristige Investitionsplanung**

Die auf der Seite 542 ausgewiesenen Haushaltsansätze für die Herstellung von Stellflächen von Wertstoffcontainern sind für die Stadt haushaltsneutral.

**Herr Kupke** bemerkte, dass der Wertstoffcontainerplatz in Kröllwitz vom feinsten sei und ist der Ansicht, dass damit Geld „verbraten“ wird.

**Frau Balleyer** erwiderte, dass immer eine Stellfläche zu finden ist, die mindestens 12 m vom Wohnhaus entfernt sein sollte. Ist der Abstand zu gering, werden unterirdisch Stellplätze errichtet. In Kröllwitz musste eine andere Lösung gefunden werden.

**Herr Fikentscher** ist der Ansicht, auch wenn es sich um Haushaltsneutralität handelt, muss Geld gespart werden.

#### **Haushaltskonsolidierung**

Bei der Haushaltskonsolidierung verwies **Herr Doege** auf eine besondere Beschlusslage. Erst im November 2005 ist die Haushaltskonsolidierung II im Stadtrat beschlossen worden. Da die Haushaltskonsolidierung III noch nicht beschlussfähig ist, sollte dieser Punkt heute nicht besprochen werden.

Von den Anwesenden gab es dazu keine Einwände.

#### **Fachbereich 32**

##### **UA 1100** – 156 Mitarbeiter

**Frau Krischok** bedankte sich für die Beantwortung ihrer Anfragen. Sie wollte wissen, ob die Einnahmen beim Ersatz von Zwangsmaßnahmen realistisch im Vergleich zum Ist 2005 sind. Ferner ging sie auf die Sozialbestattungen ein. Im Zusammenhang mit dem Ansteigen der ALG II Empfänger und der Zunahme älterer Bürger wollte sie wissen, ob der Betrag in Höhe von 60.000 €, der gleich bleibend gegenüber 2005 ist, ausreicht.

Auch **Herr Kupke, Herr Fikentscher, Herr Schiller und Herr Godenrath** stellten Fragen zur Sozialbestattung, insbesondere zur Höhe einer Bestattung, der Rückforderung, des Ermessensspielraumes und der Anzahl der Bestattungen.

**Herr Dr. Müllers und Frau Hoßbach** antworteten. Die Zahl der Sozialbestattungen hat sich erhöht. Zum Teil geht die Stadt in Vorkasse, bleibt aber auch auf Kosten „sitzen“, wenn keine Erben gefunden werden. Sozialbestattungen werden für zwei Jahre ausgeschrieben. Die Planung der Mittel gestaltet sich schwierig. Von den 140 durchgeführten Bestattungen wurden 40 zurück erstattet. 2005 mussten 99.000 € verauslagt werden. Eine Sozialbestattung kostet zwischen 1.200 und 1.500 €. Es gibt Erd- und Urnenbestattungen. Nach der Art der Bestattung richtet sich die Höhe der Gebühr.

Zum Einwand von **Herrn Wunsch**, dass die Aus- und Fortbildungskosten von 12.400 € auf 5.000 € reduziert wurden, verwies **Herr Doege** auf Fortbildungsmaßnahmen, die per Gesetz vorgeschrieben waren und 2004/2005 erfolgten. **Herr Godenrath** ergänzte, dass im FB 11 auch Mittel eingeplant sind, die für die Fortbildung der Fachbereiche verwandt werden.

#### UA 1102 – 2 Mitarbeiter

Es gab keine Fragen.

#### UA 6750 – 5 Mitarbeiter

Da sich die Ausgaben für die Straßenreinigung gegenüber 2005 erhöhen, wollte **Frau Krischok** wissen, ob eine Anpassung zugunsten der Stadt möglich ist.

**Herr Doege** verwies auf den in 2002 mit der Stadtwirtschaft abgeschlossenen Vertrag, der zehn Jahre Gültigkeit hat.

**Herr Zeidler** stellte fest, dass keine Mittel für das Aufstellen von Hundetoiletten eingeplant sind, trotzdem aber der Betrag für die Entsorgung der Hundetoiletten gegenüber 2005 gestiegen ist.

**Herr Doege** teilte mit, dass der Kostenaufwand im Wesentlichen in der Wartung begründet ist.

#### UA 7300 – 7 Mitarbeiter

**Frau Krischok** fragte, ob es nicht möglich sei, den Haushalt ausgeglichen zu gestalten.

**Herr Doege** verwies u. a. darauf, dass der FB 32 an den FB 66 für die Nutzung des Marktplatzes Geld zahlen muss. Um keine Gewerbeertragssteuern zu zahlen, darf keine positive Bilanz erreicht werden.

Die Frage von **Herrn Zeidler**, ob das schlechte Rechenergebnis bei den Einnahmen im Jahr 2005 mit der Nichtnutzung des Marktplatzes zusammen hängt, bejahte **Herr Doege**.

Zum **Vermögenshaushalt** und zur **mittelfristigen Investitionsplanung** gab es keine Anfragen.

#### Fachbereich 33

#### UA 0500 - 15 Mitarbeiter

**Herr Weihrich** fragte nach der Entwicklung der Anzahl der jährlichen Eheschließungen.



**Frau Lachky** antwortete, dass diese konstant ist.

**UA 0510** – 9 Mitarbeiter

**Herr Doege** verwies auf die ausgeteilte Vorlage zu den zusätzlichen Kosten anlässlich der OB-Wahl und evtl. Stichwahl 2006. In diesem Zusammenhang begründete er dies u. a. mit der neuen gesetzlichen Regelung, wonach die Wahl des Bürgermeisters frühestens sechs Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit zu erfolgen hat. D. h., dass beide Wahlen (OB-Wahl und Stichwahl) gegebenenfalls noch in den Monaten November/Dezember 2006 stattfinden müssen. Eine Abstimmung über den Zeitplan erfolgt mit der Oberbürgermeisterin. In den Stadtrat wird noch im ersten Halbjahr eine entsprechende Vorlage eingebracht.

**Herr Wunsch** bat um nähere Auskunft zu den „weiteren besonderen Sachausgaben“.

**Frau Lachky** antwortete dahingehend, dass es sich im Wesentlichen um Mittel handelt, die die Landtagswahl am 26.03.06 betreffen. Dabei geht es u. a. um solche Positionen, wie Beschaffung von Drucksachen (wie z. B. Wahlbenachrichtigungskarten, Stimmzettelumschlag, Wahlbriefumschlag, Merkblätter Briefwahl), Fahrleistungen am Wahltag.

**UA 1150** – 112 Mitarbeiter

**Herr Dr. Yousif** wollte wissen, ob es stimmt, dass drei zusätzliche Mitarbeiter in der Ausländerbehörde tätig sind und ein Mitarbeiter abgegeben wurde?

**Frau Lachky** verwies auf die in der Ausländerbehörde stattgefundene Organisationsuntersuchung, über deren Ergebnis im Ausschuss bereits berichtet wurde. Demgemäß besteht ein zusätzlicher Personalbedarf von vier Personen. Zwei Mitarbeiter wurden eingestellt. Eine Person, die im Rahmen der Abordnung in der Ausländerbehörde bis Ende diesen Monats tätig ist, wird zum 01.02.06 von einem Beamten besetzt.

Auf die Frage von **Herrn Maluch** zu den hohen Bewirtschaftungskosten antwortete **Herr Doege**. Er begründete die höheren Kosten mit dem Umzug der Ausländerbehörde in ein anderes Objekt und mit den erhöhten Strompreisen.

**Herr Wunsch** fragte nach dem Unterschied zwischen Geschäftsausgaben und sonstigen Geschäftsausgaben.

**Frau Lachky** antwortete, dass zu den Geschäftsausgaben der Bürobedarf gehöre, der zur Erfüllung der Pflichtaufgaben erforderlich ist. Bei den sonstigen Geschäftsausgaben handelt es sich um Ausgaben, wie z. B. Antrag um Auskunft aus dem Gewerbeverzeichnis, Antrag auf Auskunft aus dem Bundesregister, Bewohnerparkausweise, Formulare und Arbeitsmaterialien für die Zulassungsbehörde, Quittungsblöcke.

Zum Hinweis von **Herrn Wehrich** zur Personalkostenerhöhung bezog sich **Herr Doege** in seiner Antwort auf die Auswirkungen des Tarifvertrages. Allerdings können im Einzelnen dazu keine Ausführungen gemacht werden, da dies im Kompetenzbereich des FB 11 liegt, so **Frau Lachky**.

**Herr Wehrich** bezog sich auf die Haushaltskonsolidierung, wonach bis 2012 eine Einsparung von 20 Stellen vorgesehen ist und jetzt sogar ein Aufwuchs in den Personalkosten zu verzeichnen wäre.

**Herr Doege** verwies auf die Einstellung von zusätzlich vier Stellen in der Ausländerbehörde, die aufgrund der erfolgten Organisationsuntersuchung erforderlich ist.

### Vermögenshaushalt

**Herr Doege** teilte mit, dass eine neue Be- und Entlüftungsanlage im Bürgerservice installiert werden muss.

**Frau Lachky** ergänzte, dass gesetzliche Normativen erfüllt werden müssen, die bei der Planung vor 15 Jahren noch nicht festgeschrieben waren. Auch die Erneuerung des Fußbodenbelages wäre sehr wichtig. Aufgrund der Haushaltslage sind dafür noch keine Mittel eingestellt.

Zur **mittelfristigen Investitionsplanung** gab es keine Fragen.

### Fachbereich 37

#### UA 1300 – 222 Mitarbeiter

Zur Anmerkung von **Herrn Godenrath** zur Erhöhung der Personalkosten antworteten **Herr Hans** und **Herr Doege**. Sie teilten u. a. mit, dass im Dezember letzten Jahres für ca. 30 Personen Beförderungen durchgeführt wurden.

**Herr Wunsch** wollte wissen, warum bei der Wartung von Hardware 84.000 € eingeplant sind.

**Herr Hans** informierte, dass u. a. für den Teilwartungsvertrag für die Leitstelle anteilig rund 58.000 € und für mögliche Leistungen, die durch den Teilwartungsvertrag nicht gedeckt sind, 20.000 € eingeplant sind.

**Herr Weihrich** wollte Näheres wissen zur Vermietung des Objektes An der Feuerwache 5.

**Herr Doege** sagte, dass eine Vermietung der 4. Etage in diesem Jahr aufgrund umfangreicher Umbaumaßnahmen noch nicht möglich ist. Nach Abschluss der Arbeiten wird der Umzug der Bußgeldstelle in das Objekt erfolgen.

**Frau Krischok** hinterfragte, ob es bei den „Entgelten für Leistungen“ noch Außenstände gibt. **Herr Hans** bejahte dies.

**Herr Doege** teilte mit, dass noch in diesem Jahr sich die Verwaltung darüber verständigen muss, wie die Arbeitszeit und das Schichtsystem gestaltet werden sollen. Nach der neuen Arbeitszeitregelung würde für die Stadt ein Personalmehrbedarf von 12 % bestehen.

#### UA 1310

Zur Frage von **Herrn Sacher**, warum die Feuerschutzsteuer nicht zum Tragen kommt, verwies **Herr Hans** auf eine Abstimmung mit der Kämmerei.

#### UA 1400 – 4 Personen

**Herr Sacher** fragte, warum das Land sich bei Katastrophenschutzmaßnahmen nicht finanziell beteiligt.

Trotz wiederholter Rückfragen beim Land ist dies nicht geschehen und auch nicht vorgesehen, so **Herr Hans**.

**Herr Doege** ergänzte, dass die Mittel mit den allgemeinen Zuweisungen des Landes abgedeckt sind.

#### **UA 1600** – 33 Mitarbeiter

Im Rettungsdienst ist die Feuerwehr im Rahmen der Notfallrettung tätig. Mit dem neuen Genehmigungsverfahren ist vorgesehen, 1,5 Stellen NEF abzugeben und dafür einen Noteinsatzwagen zu führen, so **Herr Hans**.

**Herr Godenrath** wollte wissen, wie der Finanzstrom laufe.

**Herr Hans** antwortete, dass die Stadt 17 Stellen von den Kostenträgern refinanziert bekommt.

**Herr Doege** teilte mit, dass zurzeit die neue Rettungsdienstgebührensatzung inhaltlich mit den Krankenkassen verhandelt wird. Ein Streit mit den Kassen zeichnet sich ab.

#### **Vermögenshaushalt**

**Herr Doege und Herr Hans** bezogen sich in ihren Erläuterungen insbesondere auf die Innensanierung des Gebäudes der Berufsfeuerwehr. Die Bauleistungen werden weiter geführt und hoffentlich in diesem Jahr abgeschlossen.

**Herr Zeidler** bezog sich in seinen Ausführungen auf die seinerzeit stattgefundene Vor-Ort-Begehung und auf die katastrophalen Zustände der Umkleieräume.

**Herr Weirich** wollte wissen, was mit den alten Fahrzeugen passiert.

**Herr Hans** antwortete, dass ein Wertgutachten erstellt und danach das Fahrzeug verkauft wird.

#### **Mittelfristige Investitionsplanung**

**Herr Doege** teilte mit, dass etwa ab 2010 mit der Umstellung auf das Digitalfunksystem begonnen wird.

Sodann erfolgte die **Abstimmung**.

#### **Verwaltungshaushalt**

Es erfolgte eine Abstimmung einschließlich der zusätzlichen Kosten für die OB-Wahl und evtl. Stichwahl 2006 – UA 0510 Statistik und Wahlen -.

**Abstimmungsergebnis:** mit 9 Ja-Stimmen

einstimmig zugestimmt.

#### **Vermögenshaushalt**

Es erfolgte die Abstimmung einschließlich zweier Veränderungen im UA 1200 Umweltschutz

- Änderung der Haushaltsansätze 2006 für das Vorhaben „Sicherung von Tagebaurestlöchern aus dem Altbergbau in Halle (Saale)“

- Änderung der Haushaltsansätze 2006 für das Vorhaben: Versatz BTG (Braunkohle-Tiefbau-Grube) –Alwiner Verein –

**Abstimmungsergebnis:** mit 9 Ja-Stimmen

einstimmig zugestimmt.

### **Investitionsprogramm 2005 – 2009**

**Abstimmungsergebnis:** mit 9 Ja-Stimmen

einstimmig zugestimmt.

## **zu 5 Informationen**

---

**zu 5.1 "Hallescher Heizspiegel" - Klimaschutzkampagne "Klima sucht Schutz"**  
**Vorlage: IV/2005/05435**

---

### **Protokoll:**

Einleitende Bemerkungen machte **Herr Doege**.

**Frau Schlüter-Gerboth** erwähnte, dass für die Mieter die Handhabung schwierig ist. **Herr Doege** bemerkte, dass der Heizspiegel ausschließlich auf Wohngebäude orientiert.

## **zu 6 Anfragen**

---

### **Protokoll:**

**Frau Krischok** bezog sich auf einen Brief der ver.di-Seniorengruppe Halle, der an die Polizeidirektion ging, bisher aber noch nicht beantwortet wurde. Sie ist allerdings der Meinung, dass einige angesprochene Sachverhalte auch die Stadt betreffen und bat um Beantwortung.

**Herr Dr. Yousif** bat um nähere Informationen zu dem Bildzeitungsartikel bezüglich Autohandel in der Delitzscher Str.

**Herr Doege** teilte mit, dass es sich um eine private Fläche handelt, die für einen Freilufthändler zugelassen war. Wegen Gewerberecht, evtl. Schwarzarbeit und Umweltbelange fand eine Prüfung durch die FB 31 und 32 statt. Die Polizei war vor Ort zur Absicherung des Einsatzes.

**Herr Godenrath** bezog sich auf einen Zeitungsbericht, wonach ein Bürger von einem großen Hund angefallen wurde. Der Halter hatte die Auflage zum Maulkorb- und generellem

Leinenzwang bekommen. Ferner war vom Wesenstest bei Hunden die Rede. Dann wird erst entschieden, ob der Halter den Hund behalten darf. Wie ist das in Halle. Wird der Halter beurteilt.

**Herr Dr. Müllers** antwortete dahingehend, dass der Tierarzt das Wesen des Hundes prüft. Ist ein Hund gefährlich für die Allgemeinheit, muss ein Maulkorb angebracht werden. Im Übrigen verwies er auf die Gefahrenabwehrverordnung.

**Herr Doege** informierte über ein Urteil des OVG Niedersachsen im Zusammenhang mit der Gefahrenabwehrverordnung. Demgemäß soll die generelle Anleinplicht des Hundes aufgehoben werden. Die Städte haben dafür Sorge zu tragen, dass den Hunden ausreichend Ausläufflächen zur Verfügung stehen. Dieses Urteil entfalte jedoch unmittelbare Rechtswirkung für Niedersachsen.

Auf die Frage von **Herrn Dr. Fiedler**, ob in öffentlichen Verkehrsmitteln Maulkorbpflicht besteht, antwortete **Herr Doege**, dass den Betreibern der Verkehrsmittel die Entscheidung obliegt. Die HAVAG hat Maulkorbzwang verfügt.

**Frau Schlüter-Gerboth** bemängelte die „Festbeleuchtung“ im Ratshof und im Hansering 5 und fragte, ob Bewegungsmelder installiert werden könnten.

Da die Anfrage nicht beantwortet werden konnte, wird diese an das ZGM weiter geleitet, so **Herr Doege**.

**Herr Weihrich** erhielt die Mitteilung, dass irgend welche Bäume am Graebsee markiert wurden und die Bürger besorgt sind, dass Bäume gefällt werden.

**Frau Balleyer** sagte eine Prüfung zu.

**Herr Weihrich** bezog sich auf den MZ-Artikel zu „Müllofen in Lochau wird gebaut“, aus dem u. a. zu entnehmen ist, dass gebaut werden soll, aber die Finanzierung nicht gesichert ist.

**Herr Doege** teilte mit, dass er sich an den Mitgesellschafter der RAB wenden wird mit der Bitte um offizielle Mitteilung.

**Frau Balleyer** ergänzte, dass es dazu eine offizielle Anfrage von Frau Wolff gibt, die im Finanzausschuss behandelt wird.

## zu 7 Beantwortung von Anfragen

---

### Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

## zu 8 Anregungen

---

### Protokoll:

Anregungen gab es nicht.

## zu 9      **Mitteilungen**

---

### Protokoll:

**Herr Doege** bat darum, den Beginn der Ausschusssitzung am 23. 02. 06 auf 16:00 Uhr vorzuverlegen, weil am gleichen Tag um 19:00 Uhr in der Händelhalle das Festkonzert zur Eröffnung des Jubiläumsjahres stattfindet, zu dem alle Stadträte eingeladen werden. Des Weiteren bat er um Verschiebung des Termins 18. 05. 06 auf den 17.05.06, 17:00 Uhr.

Einwände gab es nicht.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Hans-Jürgen Schiller  
Stellv. Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege  
Beigeordneter

Gudrun Beitz  
Protokollantin